

## **Straßengebühren: Keine Erhöhung geplant**

**Milde Wintermonate erfreuen den Kämmerer, denn der Aufwand für die Straßenpflege sinkt dadurch spürbar. Bei geringerem Arbeitsaufwand für Menschen und Maschinen sowie weniger Streugut müssen auch nicht die Gebühren erhöht werden.**

Obernkirchen. Eine solche positive Perspektive verkündete die zuständige Sachbearbeiterin Astrid Semler in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Organisation und Personal. Bei der Zusammenkunft legte die Verwaltung die Betriebsabrechnung für das Haushaltsjahr 2008 vor und zugleich die Prognosen für die beiden folgenden Jahre mit einer mittelfristigen Vorausschau auf den Zeitraum bis 2013. Das Berechnungsverfahren ist nicht so ganz einfach, denn in die Kosten für den Einsatz von Menschen und Maschinen sowie Materialien werden auch die Unterhaltung von unbeweglichem Vermögen sowie Gehaltsanteile von Beamten und Beschäftigten hineingerechnet, die nicht im Betriebshof tätig sind, sich aber mit den Abrechnungen und Kalkulationen befassen. Selbst ein Teil des Bürgermeistersalärs fließt in die Aufstellung ein. Eine längere Diskussion löste die Mitteilung aus, dass rund 10 000 Euro für Prozesse eingesetzt wurden, die durch den Widerspruch von Bürgern gegen die veranlagten Gebühren erforderlich wurden. Die Stadt hat zwar nahezu alle damit verbundenen gerichtlichen Auseinandersetzungen gewonnen und sich als Beklagte immer selbst verteidigt, aber auf den dafür notwendigen Personalausgaben bleibt sie trotzdem sitzen. Heinrich Struckmeier (CDU) beklagte, dass die Einnahmen aus der Straßenreinigung nur unwesentlich höher seien als die Aufwendungen für die Prozessbegleitung. Man geht jedoch davon aus, dass dieser Aufwand abnimmt. In der Betriebsabrechnung und in den Prognosen wird von einem gleich bleibenden Stadtanteil von 25 Prozent der Kosten ausgegangen. Zehn Prozent davon beträgt der Anteil für das Fegen an Verkehrsinseln sowie an öffentlichen Grünanlagen. Im Vergleich zur Prognose sind bei der Straßenreinigung Einsparungen erzielt worden. Auch der Winterdienst fiel in den Monaten November und Dezember 2008 glimpflich aus. Der dadurch entstandene Überschuss von 35 640 Euro soll für die Folgejahre zurückgestellt werden, in denen mit einer Unterdeckung gerechnet wird. Wilhelm Mevert (SPD) bezeichnete es als erfreulich, dass in jedem Fall keine Gebührenerhöhung erforderlich ist. Sowohl er als auch Horst Sassenberg und Martin Schulze-Elvert (beide CDU) gaben zu bedenken, dass eine endgültige Beurteilung erst möglich ist, wenn die Daten für einen Zeitrahmen von drei Jahren vorliegen. Vorher seien die Unwägbarkeiten noch zu groß. Der Ausschuss entschied einstimmig, die Betriebsabrechnung für das Jahr 2008 abzusegnen. sig